Württembergische
Kirchengeschichte online

Artikel-Link: https://wkgo.de/themen/bekenntnisgemeinschaft#article-132

Die Evangelische Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg (insbesondere 1933 bis 1945)

Inhaltsverzeichnis

1. 1: Die Anfänge
2. 2: Frühe Frontstellung gegen die Deutschen Christen
3. 3: Gründung und Selbstverständnis der Bekenntnisgemeinschaft
4. 4: Kooperation und Konflikt: Die Bekenntnisgemeinschaft 1934-1939
5. 4.1: Reichskirche und Deutsche Christen
6. 4.2: Zahlreiche Herausforderungen, wachsende Spannungen
7. 4.3: Zentrum Reichenbach
8. 4.4: Wiederannäherung
9. Anhang

1: DIE ANFÄNGE

Die Evangelische Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg ist aus der freien Initiative von Pfarrern hervorgegangen. An ihrem Anfang stand eine Gruppe junger, engagierter Theologen – Wolfgang Metzger, Heinrich Fausel, Paul Schempp und andere –, die ihre Vorbehalte gegenüber dem Entwurf zur Neubearbeitung des Gebetbuches von 1930 zusammengeführt und zu einer kritischen Eingabe beim damaligen Präsidenten des Landeskirchentags, Hermann Röcker, veranlasst hatte. Vom damaligen Kirchenpräsidenten Theophil Wurm unterstützt und gefördert, bildete sich ein Arbeitskreis, der erstmals im Oktober 1930 zusammenkam, um über die Bildung von Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaften in den einzelnen Dekanatsbezirken zu beraten. Zudem wurde ein Leitungskreis ins Leben gerufen, dem neben Wolfgang Metzger weitere von Karl Barth inspirierte junge Pfarrer angehörten: Martin Haug, Heinrich Lang, Heinrich Fausel, Paul Schempp, Wilhelm Gohl, Herman Diem.

Wenngleich die Resonanz auf diesen Impuls durchaus unterschiedlich ausfiel, entwickelten sich die Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaften (KTA) rasch über das konkrete Anliegen der Überarbeitung der Agende hinaus zu Foren des theologischen Diskurses. Ihr letztendlich pastoraltheologisches Anliegen war es, eine im geistlichen Amt gründende „verbindliche theologische Erkenntnis- und Willensbildung“ zu entwickeln, um dem einzelnen Geistlichen bei seiner praktischen Gemeindearbeit eine verlässliche Orientierungshilfe bieten zu können.



Theodor Dipper (1903-1969)

Foto: Weishaupt. Landeskirchliches Archiv, Bildersammlung, Nr. 197

Bereits 1927 hatte sich ein Kreis von Theologen um Otto Mörike und Theodor Dipper im sog. Freudenstädter Kreis zusammengefunden. Benannt nach dem Ort, wo sich die Gruppe zweimal im Jahr zum theologischen Austausch traf, kann der Freudenstädter Kreis mit Blick auf die handelnden Personen und die theologischen Anliegen als zweiter Vorläufer der späteren Bekenntnisgemeinschaft bezeichnet werden.

2: FRÜHE FRONTSTELLUNG GEGEN DIE DEUTSCHEN CHRISTEN

Bereits früh sahen Teilnehmer der KTA wie des Freudenstädter Kreises die Gefahr, dass im „neuen“ Staat auch die Kirche gleichgeschaltet werden könne. Bereits im April 1933 traten sie mit dem Manifest „Kirchen und Staat. Ein Wort württembergischer Pfarrer“ öffentlich in Erscheinung. In dieser von 220 Geistlichen unterschriebenen programmatischen Stellungnahme wandten sie sich gegen die Ein- und Unterordnung der Kirche unter den nationalsozialistischen Staat und seinen Führer und forderten Staat wie Kirche in gut lutherischer Tradition dazu auf, die beiderseitigen Sphären („Reiche“) zu respektieren: Denn der Staat würde seine „Grenze mißachten, wollte er der Kirche ihr Bekenntnis und ihre Lehre, ihren Gottesdienst und ihre Verfassung vorschreiben“. Und die Kirche ihrerseits würde ihre Grenze überschreiten, „wollte sie dem Staat den Aufbau seines Gefüges vorschreiben und seine gesetzgebende, regierende und richterliche Tätigkeit meistern; sie hat den Staat nicht nach dem Evangelium zu messen, sondern kann ihn nur an sein eigenes, ihm von Gott gegebenes Gesetz erinnern“.(1)

Das „Nein“, das hier gesprochen wurde, richtete sich weniger gegen den nationalsozialistischen Staat als solchen denn gegen jene Grenzüberschreitungen, für die sich innerhalb des Protestantismus vor allem die Deutschen Christen stark machten. Von ihnen und ihren kirchenpolitischen Ambitionen grenzten sich die Verfasser und Unterzeichner des Manifests klar ab. Folgerichtig führte der Weg jener später in Bekenntnisgemeinschaft bzw. Sozietät maßgeblichen Persönlichkeiten in die sich formierende Bekennende Kirche: In Barmen etwa waren sowohl Theodor Dipper als auch Paul Schempp persönlich anwesend und in die Beratungen an maßgeblicher Stelle einbezogen.

3: GRÜNDUNG UND SELBSTVERSTÄNDNIS DER BEKENNTNISGEMEINSCHAFT

In der Bad Boller Tagung der Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft vom 16. bis 19. Juli 1933 wurde die Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg aus der Taufe gehoben. Programmatisch an Barmen orientiert, mit einer wenig verfestigten Organisationsstruktur, verstand sich die von einem Bruderrat geleitete Bekenntnisgemeinschaft selbst „als eine Art Vortrupp einer württembergischen Bekenntnissynode“ innerhalb der bestehenden Rechts- und Verfassungsordnung der Landeskirche. In diesem Selbstverständnis sind Schwäche und Stärke der Bekenntnisgemeinschaft gleichermaßen evident: Denn eine württembergische Bekenntnissynode wurde seitens der Landesbruderrates zwar eingefordert, konnte aber nicht durchgesetzt werden. Dem stand das Selbstverständnis der Kirchenleitung im Wege, die sich als zuständiges Verfassungsorgan rechtmäßig im Amt sah, als Teil der Bekennenden Kirche verstand und in dieser ihrer verfassungskonformen Zuständigkeit von der Bekenntnisgemeinschaft auch anerkannt wurde. Infolgedessen konnte die Bekenntnisgemeinschaft „nur“ als kritisches Korrektiv einer rechtmäßigen Kirchenleitung in Erscheinung treten – einzig legitimiert durch „das sachliche Gewicht ihres in Schrift und Bekenntnis begründeten kirchlichen Zeugnisses“. Eben darin gründete ihre Stärke.

In diesem Selbstverständnis der Bekenntnisgemeinschaft war beides, die Unterstützung der durch Landesbischof Theophil Wurm repräsentierten Kirchenleitung wie die Kritik an ihr, strukturell angelegt. Den verfassungsmäßigen Organen der Kirchenleitung wurde zwar ein Vertrauensvorschuss eingeräumt; dieser musste sich aber in je konkreten Einzelfragen bewähren.

4: KOOPERATION UND KONFLIKT: DIE BEKENNTNISGEMEINSCHAFT 1934-1939

4.1: REICHSKIRCHE UND DEUTSCHE CHRISTEN

Als Reichsbischof Ludwig Müller im Herbst 1934 den Versuch unternahm, Wurm abzusetzen und die württembergische Kirche der Verfügungsgewalt der Reichskirche zu unterwerfen, stellte sich die Bekenntnisgemeinschaft vorbehaltslos hinter den Landesbischof. Ihre Mitglieder trugen dazu bei, Wurms Verteidigungsstrategie, die Pfarrer wie Gemeinden gleichermaßen einbezog, zum Erfolg zu verhelfen. Sie organisierten Bekenntnisgottesdienste, entfaltete eine rege Publikationstätigkeit und unterstützte den bedrängten Landesbischof vorbehaltslos. Ein Novum war die erste Männerschulungstagung in Schmie, die Theodor Dipper im September 1934 organisierte. Dessen langjähriges Engagement im Freudenstädter Kreis, der Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft und der Bekenntnisgemeinschaft, seine intellektuelle Brillanz und seine auf Ausgleich bedachte Persönlichkeit prädestinierten ihn auch zum idealen Nachfolger von Wolfgang Metzer, der zwischenzeitlich die theologische Geschäftsführung des Calwer Verlages übernommen hatte. Wurms persönliche Wertschätzung des damals noch im Würtinger Pfarrdienst stehenden Geistlichen wird dadurch ersichtlich, dass er ihm die Leitung des Evangelischen Gemeindedienstes

übertrug.

Gemeindedienst und Bekenntnisgemeinschaft waren nun bis Mai 1938 aufs engste verflochten: Das Büro der Bekenntnisgemeinschaft war in den Räumen des Bekenntnisdienstes untergebracht, die Rundbriefe der Bekenntnisgemeinschaft sowie die Schriften der Bekennenden Kirche und ähnliches wurden von dort verteilt. Der Gemeindedienst übernahm die Bibelwochenarbeit der Bekennenden Kirche, er organisierte Prediger und Redner für einzelne Vorträge und gemeinsame Aktionen, kurz, er fungierte als zentrale Informations- und Nachrichtenbörse und war mit der von der Bekenntnisgemeinschaft betriebenen Aufbauarbeit aus engste vernetzt: den Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaften, den Bezirksrüstzeiten, den Bibelwochen, der Männerarbeit, der Fürbitte für die verfolgten Mitglieder der Bekennenden Kirche sowie den verschiedensten Tätigkeiten auf dem Gebiet der kirchlichen Unterweisung. Als Leiter des Landesbruderrates avancierte Dipper zu einem der wichtigsten Meinungsführer württembergischen Kirchenpolitik – dank seiner Mehrfachfunktionen als Vorsitzender des Landesbruderrates, Leiter des Gemeindedienstes und dank seiner Beziehungen zu Pfarrernotbund und Führungsgremien der Bekennenden Kirche. Der Preis als dessen war, dass sowohl Gemeindedienst/ Bekenntnisgemeinschaft als auch Dipper verstärkt von der Gestapo überwacht wurden.

4.2: ZAHLREICHE HERAUSFORDERUNGEN, WACHSENDE SPANNUNGEN

Die zentrale Herausforderung der Jahre 1933/34 hatte darin bestanden, die Unabhängigkeit der Landeskirche gegenüber Reichskirche und Deutschen Christen zu verteidigen. Im Zeichen dieser Herausforderung waren die von Anfang an bestehenden Differenzen zwischen der württembergischen Kirchenleitung und der Bekenntnisgemeinschaft kaum sichtbar geworden. Nach 1934 mehrten sich die Spannungen. Wiewohl Dipper wie die Mehrheit der maßgeblichen Männer in der Bekenntnisgemeinschaft sich um größtmögliche Loyalität gegenüber Wurm bemühten, kam es in Sachfragen wiederholt zu teils heftigen Konflikten. In der alten Streitfrage, wie mit den Deutschen Christen zu verfahren sei, bezogen Oberkirchenrat und Bekenntnisgemeinschaft unterschiedliche Positionen: Während die Kirchenleitung den Gesprächsfaden zumindest zu den gemäßigten Deutschen Christen (noch) nicht abreißen lassen wollte, votierte die Bekenntnisgemeinschaft für brüderliche Zucht im Kreise der Amtsbrüder. Zudem plädierte sie im Falle des radikalen DC-Pfarrers an der Stuttgarter Leonhardskirche, Georg Schneider, entschieden für dessen Entfernung aus dem Amt – sei es durch Eröffnung eines Disziplinarverfahrens oder den Rekurs auf kirchliches Notrecht. Der Dissens im Umgang mit den Deutschen Christen betraf freilich nicht das Grundsätzliche: Den Status einer anzuerkennenden Gruppierung unter dem Dach der Landeskirche wollte auch die Kirchenleitung den Deutschen Christen nicht zubilligen. In der Ablehnung der von staatlicher Seite favorisierten Kirchenausschüsse, die auch den DC ein Heimatrecht in der Kirche eingeräumt hätte, waren sich Kirchenleitung und Bekenntnisgemeinschaft infolgedessen einig.

Auf Dauer verlor die Thematik der Deutschen Christen im innerkirchlichen Diskurs zunehmend an

Bedeutung. Andere Fragen schoben sich in den Vordergrund und evozierten vermehrt Konflikte zwischen Kirchenleitung und Bekennender Kirche bzw. Bekenntnisgemeinschaft. Als belastend erwies sich zum einen die pragmatische Politik Wurms, der noch immer auf einen modus vivendi mit dem NS-Staat bedacht war, deswegen häufig den Kompromiss suchte und damit die Beziehungen zur Bekennenden Kirche belastete; konfliktfördernd waren zum anderen die Bestrebungen der sich im Lutherrat zusammenschließenden sog. intakten Landeskirchen, eine auch eigenen theologischen Traditionen geschuldete Kirchenpolitik jenseits der Vorläufigen Leitungen der Bekennenden Kirche zu praktizieren. In zahlreichen Einzelfragen bezogen jetzt die Leitung der württembergische Kirche und die Bekenntnisgemeinschaft mehr oder minder unterschiedliche Positionen – so etwa in der Bewertung der Denkschrift der Vorläufigen Kirchenleitung vom Mai 1936 (mit einer Fundamentalkritik an der nationalsozialistischen Politik) oder der von ihr verantworteten Septemberliturgie (30. Sept. 1938), eine Reaktion auf die akute Kriegsgefahr im Kontext der Sudentenkrise. Völlig uneins war man sich auch im (nicht zustande gekommenen) Projekt der Einberufung einer lutherischen Synode (Jan./ Febr. 1938) bzw. in der Frage angemessener Reaktionen auf die Reichsprogromnacht (10./11. Nov. 1938) und die Verhaftung des Oberlenninger Pfarrers Julius von Jan.

Die Beziehungen zwischen Kirchenleitung und Bekenntnisgemeinschaft (wie auch zur Sozietät) waren zu diesem Zeitpunkt definitiv zerrüttet. Die Okkupation Österreichs, die Hitler mit einer auf den 10. April 1938 angesetzten Volksabstimmung nachträglich zu legitimieren suchte, hatte dazu maßgeblich beitragen. An ihr schieden sich die Geister: Die Führungsgremien der Lutherischen Kirche bekundeten ihre Treue zum neugeschaffenen Großdeutschen Reich und seinem Führer – die Bekennende Kirche und mit ihr die Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg verweigerte der nationalsozialistischen Gewaltpolitik ihre Zustimmung und kritisierte die Führungsspitze der lutherischen Kirche und mit ihr den württembergischen Landesbischof. Die Auseinandersetzungen um den Kirchheimer Pfarrer Otto Mörike trugen das ihre dazu bei, die Kluft zu vertiefen: In einem Schreiben an den Landesbruderrat beklagte sich Wurm über den „revolutionären“, am Verhalten Mörikes abzulesenden Geist, für den der Landesbruderrat mitverantwortlich sei, maße er sich doch faktisch die Rolle einer „Nebenregierung“ an. Und diese war Wurm offenkundig nicht bereit zu tolerieren: Dem Landesbruderrat wurden zukünftige Verlautbarungen ohne vorherige Genehmigung durch die Kirchenleitung untersagt; zugleich wurde das Büro der Bekenntnisgemeinschaft auf Weisung des Oberkirchenrats „von einer Minute auf die andere aus den Räumen des Gemeindedienstes verwiesen und in die Privatwohnung Dippers verlegt“ (Mai 1938). Dies war ein Akt demonstrativer Symbolik: die Sache der Bekenntnisgemeinschaft wurde seitens der Kirchenleitung als Privatangelegenheit deklariert.

4.3: ZENTRUM REICHENBACH

Als Konsequenz der für ihn untragbar gewordenen Verhältnisse wechselte Theodor Dipper im August 1938 in das Pfarramt Reichenbach. Trotz mehrfacher Verhaftung durch die Gestapo setzte er seine Arbeit in der und für die Bekennende Kirche fort. Er organisierte Diskussionen, Tagungen



Reichenbach, um 1950

Landeskirchliches Archiv, Bildersammlung, Nr. 3825.

und Bruderschaftszusammenkünfte, führte Männerrüstzeiten durch, sammelte und verteilte unter schwierigsten Umständen Informationen über die Lage der Kirche unter den Bedingungen des totalitären Staates – und er beteiligte sich wie bisher an den kirchenpolitischen Diskussionen, die sich seit 1937 unter der Parole „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“ verstärkt um Kleinkindererziehung, Schule und Religionsunterricht drehten. Zudem koordinierte er in größter Geheimhaltung die Aktivitäten des Bruderrings, einer vor allem von Pfarrern getragenen Geheimorganisation, die jüdische Flüchtlinge beherbergte. Ermöglicht wurde all diese vielfältigen Aktivitäten, die zusätzlich zu den Belastungen des Pfarramts zu bewältigen waren, nur dank eines treuen Kreises von Helfern aus der Gemeinde, die ihren Pfarrer in größter Loyalität unterstützten – die Sekretärin Emma Schwille, die fünf (teilweise über die Ausstellung von Ariernachweisen finanzierten) Gemeindehelferinnen, der Kinderkirchenhelferkreis sowie der (1939 verbotenen) Gemeindeverein.

4.4: WIEDERANNÄHERUNG

Die Geschichte der Bekenntnisgemeinschaft in der Zeit des Zweiten Weltkrieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit ist ein weithin unbeschriebenes Blatt.(2) Zu vermuten steht, dass sich nicht zuletzt über die gemeinsame Hilfe für die verfolgten Juden auch die verfeindeten Flügel der Bekennenden Kirche in Württemberg, die Bekenntnisgemeinschaft und die Theologische Sozietät, wieder einander angenähert haben. Mehrfach lässt sich nachweisen, dass verfolgte Juden sowohl von Pfarrern der Bekenntnisgemeinschaft als auch von Pfarrern der Theologischen Sozietät beherbergt wurden – das gemeinsame persönliche Engagement könnte der theologischen Annäherung vorgearbeitet zu haben. Zugleich entspannten sich die Beziehungen zu Wurm, der sich im Gefolge des Krieges vom vorsichtigen Sympathisanten des Dritten Reiches zum entschiedenen Gegner des Nationalsozialismus wandelte.

Am 19. August 1943 erkannte die Sozietät, die anlässlich der Eidesfrage 1938 mit Wurm gebrochen hatte und aus der Bekenntnisgemeinschaft ausgeschieden war, Wurm und mit ihm den Evangelischen Oberkirchenrat wieder als rechtmäßiges Kirchenregiment an. Mit Wurm als spiritus rector gelang, was in den 30er Jahren vergeblich versucht worden war – die Einigung von

Vertretern der Bekennenden Kirche und der ihr nahestehenden Landeskirchenleitungen. Im Verlauf des langwierigen, 1948 abgeschlossenen Konstitutionsprozesses der Evangelischen Kirche Deutschlands verschoben sich freilich die Gewichte innerhalb der württembergischen Landeskirche: die Institutionen – Landesbischof und Oberkirchenrat – gewannen an Einfluss und Bedeutung, die bislang im „Kirchenkampf“ exponierten Personenverbände – Bekenntnisgemeinschaft und Sozietät – ordneten sich dem Kirchenregiment unter und beschränkten sich weitestgehend darauf, ihm zuzuarbeiten.

Die „aktive, positive und kritische Mitarbeit der Pfarrerschaft“ erschien Theodor Dipper als unbestrittenem Kopf der Bekenntnisgemeinschaft auch weiterhin unverzichtbar zu sein. In diesem Sinne führte er seine Arbeit auch in der Kriegs- und Nachkriegszeit fort.

1. Dipper, Bekenntnisgemeinschaft, S.28. ↑
2. Begründet ist dies vor allem darin, dass die bis heute maßgebliche Arbeit von Theodor Dipper 1939 endet. Es existiert jedoch ein umfangreicher Bestand im Landeskirchlichen Archiv Stuttgart (D 31), der der Aufarbeitung harrt. ↑

Aktualisiert am: 03.03.2021

Bildnachweise



Theodor Dipper (1903-1969)
Foto: Weishaupt. Landeskirchliches Archiv, Bildersammlung, Nr. 197



Reichenbach, um 1950
Landeskirchliches Archiv, Bildersammlung, Nr. 3825.

Zitierweise

Die Evangelische Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg (insbesondere 1933 bis 1945), in: Württembergische Kirchengeschichte Online, 2021
https://wkgo.de/cms/article/index/die-evangelische-bekenntnisgemeinschaft-in-wrttemberg-insbesondere-1933-bis-1945 (Permalink)

Nutzungsbedingungen

Alle Rechte vorbehalten.

Ein Projekt von:

LANDESKIRCHLICHES
ARCHIV
STUTTGART

Verein für
württembergische
Kirchengeschichte

Evangelische Landeskirche
in Württemberg